

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 3

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dezimierung in der chinesischen Partei

In China hat eine gewaltige Säuberung stattgefunden, von der zehn Prozent der Verwaltungsangehörigen in verschiedenen Gebieten betroffen wurden. Das ging aus dem Communiqué des Parteizentralkomitees hervor, das gleichzeitig wie das sowjetische ZK tagte und sich ebenfalls mit der landwirtschaftlichen Notlage befasste. Allerdings standen in Peking nicht nur Rückschläge, sondern Ernährungskatastrophen und Hungersnöte zur Diskussion.

Neben der Naturunbill, die tatsächlich ausserordentliche Ausmasse annahm, wurden auch Misstände bei den lokalen Verantwortlichen zugegeben. Bei den gesäuberten Funktionären handle es sich um bourgeoise Elemente, die sich in die Staatsverwaltung und — wie es ausdrücklich heisst — in die Partei hätten einschleichen können. Auch bei der Bevölkerung wird die Zahl der Parteitreuen nur mit 90 Prozent angegeben, während «ein verschwindend kleiner Teil», das wären also 60 Millionen, die Arbeit sabotierten.

Die Erfahrung der Alten

Wie nimmt sich dagegen die Mahnung der «Roten Fahne», theoretisches Organ des ZK, an die Parteikader der Provinz aus, die Erfahrung der «alten Bauern» zu berücksichtigen, um dem Nahrungsmangel Herr zu werden? Ein gewisser Abbau des gegenwärtigen Kommunensystems hatte sich schon vorher abgezeichnet. Die Zeitung

Am Rande ...

Frankreich würde mit dem FLN Verhandlungen suchen und bei ermutigender Haltung der Aufständischen die militärischen Operationen in Algerien für drei Wochen einstellen. Dies hätte Maurice Schumann bei einer Tagung in Roche-sur-Yon erklärt, aber nach seiner Rückkehr nach Paris liess er wissen, man habe seine Ausführungen missverstanden oder verdreht.

Zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde Olga Iwinskaja, eine Freundin Boris Pasternaks, weil sie westliche Honorarguthaben des verstorbenen Schriftstellers angenommen hatte. Radio Moskau bezeichnete sie als eine Heuchlerin, die erst Pasternak abgeraten hatte, Geld aus dem Westen anzunehmen, es aber selbst einstrich.

Milovan Djilas (KB, Nr. 49), der ehemalige jugoslawische Vizeministerpräsident und Parlamentsleiter, der wegen seiner Kritik am Parteisystem seit 1956 in Haft war, wurde freigelassen. Wie er einem Reuter-Korrespondenten erklärte, hat er seine grundsätzlichen Anschauungen nicht geändert. Im Gefängnis schrieb er fünf Manuskripte, zwei belletristische und drei philosophischer Natur.

Redaktionsschluss: 23. Januar 1961

scheint ganz offen von Fehlern in «unserem» (der Partei) Werk zu reden.

Industrie-Erfolge

wurden neben der landwirtschaftlichen Kalamität um so deutlicher herausgestrichen, aber nun soll doch die Schwerindustrie weniger einseitig vorwärtsgetrieben, und die Konsumgüterproduktion gefördert werden.

Dogmatismus bleibt

Der harte aussenpolitische Kurs Pekings bleibt unverändert, was nicht nur aus der Verdammung der USA durch das ZK hervorgeht, sondern auch aus der ganzen Presse, welche Kennedys Amtseinsetzung im Unterschied zu Moskau mit einer neuen Welle von Hassgesängen begleitet hat. Wenn die Sowjetunion als «der am meisten entwickelte und mächtigste Staat im sozialistischen Lager» anerkannt wird, so liegt in dieser Wiederholung der Phrase der Moskauer Erklärung kein Zugeständnis. Es zeigt höchstens, dass Peking nicht gewillt ist, in eigener Formulierung die Führungsrolle Moskaus anzuerkennen.

UdSSR-Hilfe nebensächlich

Gerade auf die Zeit der ZK-Sitzung hin veröffentlichte der «Economist» in Tokio ein Interview mit dem chinesischen Aussenminister Tschen-Yi, das im November stattgefunden hatte. Neben verschiedenen «Unterschieden» zwischen der UdSSR kam er auch auf die Bedeutung der sowjetischen Wirtschaftshilfe zu sprechen und erklärte kaltblütig: «Ich kann mich der Ansicht nicht anschliessen, dass sich der chinesische Aufbau ohne sowjetische Hilfe nicht zu seinem gegenwärtigen Stand entwickelt hätte.» Dass UdSS-Techniker seltener würden, sei normal, da China jetzt mehr eigene Fachleute habe.

Ein halbes Jahr «Unabhängigkeit»

Seit der «Unabhängigkeit» des Kongos (Ende Juni 1960) ist bereits ein halbes Jahr vergangen. Die politischen Verhältnisse indessen sind zurzeit verworren denn je: Lumumba ist eingesperrt, Katanga, die reichste Provinz, hat sich unter Tschombe freigemacht, Anhänger Lumumbas beherrschen die Ostprovinz und haben als Keil zwischen Katanga und Kasai

Schulreform in Polen

Am 20./21. Januar fand in Polen die Plenartagung des ZK der Partei statt, auf der u. a. eine Schulreform beschlossen und der Ausgang der Moskauer Beratungen der 81 kommunistischen Parteien in Moskau akzeptiert wurden. Betreffend die erwähnte Schulreform wird diese neue Probleme in den Grund- und Mittelschulen aufwerfen. Nach Meldungen ausländischer Presseagenturen wurde eine vollkommene «Laissezierung» beschlossen und man weiss, dass das Politbüro in den für das Plenum entworfenen Thesen die Verbannung des Religionsunterrichtes aus den Schulen vorgeschlagen hat. Wenn dies wirklich geschehen soll, werden zwischen den Kommunisten und Katholiken Polens, zwischen dem Regime und dem Episkopat tiefe Konflikte ausbrechen. Dies um so mehr, als der Vorsitzende des ZK in einer Rede betonte, dass die Schuljugend mehr als bisher im kommunistischen Geiste erzogen werden müsse. Die Schrauben werden also langsam, aber sicher immer mehr angezogen.

Pathet Lao rückt an

Als Erfolgsmeldung verbreitete Radio Hanoi unter Berufung auf die «Stimme von Laos» (Sender des Pathet Lao), dass die prokommunistischen Streitkräfte des Pathet Lao und die Truppen des Hauptmanns Kong Le über 47 500 feindliche Soldaten getötet und gefangengenommen und viele Waffen erbeutet hätten. Sie beherrschten den grössten Teil des laotischen Gebietes.

Der Informationsminister gab bekannt, dass drei nordvietnamesische Regimenter mit insgesamt 3000 Mann in die südlaoti-

sche Provinz Savannakhet und Saravane einmarschiert seien. Sowjetische Transportflugzeuge hätten sie mit zwei Fliegerabwehrkanonen und anderem Kriegsmaterial versorgt.

Indessen gehen zwischen Moskau, Washington, London und Paris die Konsultationen über die Wiedereinsetzung der Ueberwachungskommission noch weiter. Die amerikanische Zustimmung oder Duldung der Rückkehr der Kommission nach Laos soll davon abhängig gemacht worden sein, dass ihre Akkreditierung, wenn nicht bei der gegenwärtigen Regierung Prinz Boun Oums, so doch beim König von Laos, unter keinen Umständen aber bei Prinz Souvanna Phouma erfolgen würde.

Kennedy im Amt

«Wir wollen nicht aus Furcht verhandeln, wir wollen uns aber auch nicht vor Verhandlungen fürchten.» So lautet ein beherzigenswerter Satz aus der Antrittsrede von Präsident Kennedy, der am Freitag sein Amt als Staats- und Regierungschef der grössten westlichen Nation übernommen hat. Das aussenpolitische Programm nahm in seiner Ansprache, die ein republikanischer Senator als «sehr solide Botschaft der Hoffnung» bezeichnete, einen grossen Raum ein. Den potentiellen Feinden will Kennedy ohne Schwäche, aber mit Friedenswillen entgegenreten, die USA-Beziehungen zu Lateinamerika bedeutend verbessern.

Die Rede fand, mit Ausnahme Chinas, im Osten und Westen gute Aufnahme, und selbst Castro scheint die Gelegenheit ergreifen zu wollen, sich mit dem nördlichen Nachbarn besser zu stellen.

die Neugründung Luluaba geschoben, Kasavubu trägt immer noch den Titel Staatspräsident, verfügt aber über keine Autorität, und Oberst Mobutu, der inzwischen zum Generalmajor befördert wurde und der für kurze Zeit als starker Mann gegolten hatte, muss befürchten, dass ihm Armee und Polizei aus den Händen gleiten, weil sie seit Wochen keinen Sold erhielten. Die Uno steht ziemlich hilflos mitten im Kongo, wo ein Terrorakt den andern ablöst und die Hungersnot, vor allem in der Provinz Kasai, täglich zirka 100 Menschen, vor allem Kinder, fordert. Noch vor Wochen waren es täglich 300 Menschen, die Hungers starben. Indessen hat sich in Kairo ein afrikanisch-asiatischer Solidaritätsrat gebildet, dem Vertre-

ter aus 29 Ländern angehören, und der an alle Völker Asiens und Afrikas einen Aufruf richtete, in dem diese ersucht werden, mit allen möglichen Mitteln der gesetzmässigen kongolesischen Regierung, das heisst Lumumba, und dem kongolesischen Volke zu helfen. Bomboko, der Chef des Rates der Generalkommissäre, wandte sich in einer Pressekonferenz gegen diese und andere Einmischungen seitens der Vereinigten Arabischen Republik und behauptete, die VAR unterstütze den lumumbafreundlichen Gizenga «sehr substantiell». Ob es unter diesen Umständen zu der von Kasavubu auf Ende Januar einberufenen Konferenz aller kongolesischen Regionalführer und Separatisten kommen wird, darf man bezweifeln.